

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/217 - 25. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die erpresserische Koppelung Von Franz Barsig	86
3 - 4	Die Mission des modernen Sozialismus Das neue Programm der belgischen Sozialisten	89
5	Ein notwendiger Schlußstrich Zeitschrift "Der deutsche Soldat" kneift	47
6	Zeige mir, wie Du fährst ... Gilt die Geschwindigkeitsbegrenzung nicht für Adenauer?	37

* * * *
* * *

Die erpresserische Koppelung

Von Franz Barsig

Am Donnerstag dieser Woche hat eine starke Delegation des sozialdemokratischen Parteivorstandes unter Leitung von Erich Ollenhauer mit der Industriegewerkschaft Bergbau in Bochum über die Kohlenkrise an der Ruhr beraten, heute wird der Bundeswirtschaftsminister vor dem Hauptvorstand der IG Bergbau über seine Vorstellungen zur Lösung der Kohlenkrise berichten und am Samstag werden rund 60 000 Bergleute in Bonn marschieren, um der Bundesregierung den Ernst der Situation noch einmal vor Augen zu führen.

In der Besprechung am Donnerstag mit dem Vorstand der SPD wurde in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt, und die Vertreter der SPD haben der IG Bergbau zugesichert, daß sie wie bisher die berechtigten Anliegen der Bergarbeiter unterstützen und parlamentarisch alle Schritte unternehmen werden, um soziale Härten für die im Bergbau Beschäftigten unter allen Umständen zu vermeiden.

Wenn es in dem Kommuniqué heißt, daß in vielen Punkten eine Übereinstimmung erzielt worden ist, dann bezieht sich das vor allem darauf, daß Sozialdemokraten und die IG Bergbau der Meinung sind, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung in Vergangenheit und Zukunft nicht geeignet und nicht in der Lage sind, die Strukturprobleme an der Ruhr zu lösen. Beide Organisationen sind sich einig in dem schweren Vorwurf an die Bundesregierung und vor allem an den Bundeswirtschaftsminister, die Dinge an der Ruhr zwei Jahre lang laffengelassen zu haben, ohne entscheidende Maßnahmen zu ergreifen, denn die viel zu spät erfolgte Ablösung der Kohlenimportverträge und der Kohlezoll waren nicht in der Lage, Feierschichten und Entlassungen zu verhindern. Beide Organisationen stimmen auch darin überein, daß der jetzt von der Bundesregierung beabsichtigte Schritt, nämlich die Einführung einer Heizölsteuer, keineswegs geeignet ist, Vollbeschäftigung und Arbeitsfrieden an der Ruhr zu sichern.

Die Übereinstimmung ist ebenso auf dem sozialpolitischen Sektor zu konstatieren. Hier gibt es nicht die geringste Meinungsverschiedenheit darüber, daß alles getan werden muß, um den deutschen Bergarbeiter nicht für die Versäumnisse der Bundesregierung büßen zu lassen.

Allerdings hat sich die Bundesregierung für die Erfüllung der sozialen Ansprüche der Bergarbeiter, über deren Einzelheiten noch viel zu reden sein wird, einen teuflischen Plan ausgedacht. Sie ist nämlich nur dann bereit, die sozialen Hilfsmaßnahmen zu finanzieren, wenn sie mit der Heizölsteuer gekoppelt werden, und sie möchte die Verantwortung für die Belastung der Verbraucher durch die Heizölsteuer

möglichst von sich weg und auf Organisationen wie die IG Bergbau und die SPD abwälzen. Primitiv wird also das Argument der Bundesregierung lauten: Du deutscher Bergmann kannst nur mit Abfindungen, Übergangsbezügen, Umschulungsbeiträgen usw. rechnen, wenn im Bundestag auch die Heizölsteuer zustande kommt.

Nun, wir sind sicher, daß beide Organisationen dieses Spiel der Bundesregierung durchkreuzen werden. Zunächst einmal steht fest, daß die Bundesregierung gemäß der Aussage des Grundgesetzes, nach dem die Bundesrepublik ein sozialer Rechtsstaat ist, für die Bergarbeiter zu sorgen hat, die unverschuldet aber durch Schuld der Bundesregierung in die gegenwärtige Lage geraten sind. Schließlich war es die Bundesregierung, die immer wieder zur Fördersteigerung aufgerufen hat und die in vielen schönen Reden den Bergleuten Ehrentitel verlieh. Diese soziale Fürsorge aber kann man unmöglich mit einem Erpressungsmanöver koppeln, mit dem andere Bevölkerungskreise belastet werden.

Nach fachkundiger Auskunft werden für die sozialen Maßnahmen an der Ruhr etwa drei Jahre lang pro Jahr rund 300 Millionen DM aufgebracht werden müssen. Die Bundesregierung wird der Bevölkerung nicht einreden können, daß dieser Betrag im Rahmen des Bundeshaushalts nur mit neuen Steuern und nur aufgrund einer Erpressermethode zur Verfügung stehen kann. Das Bundesverteidigungsministerium hat unwidersprochen angekündigt, daß es im kommenden Haushaltsjahr statt neun, zehn Milliarden, also 1 000 Millionen DM mehr braucht. Wenn man bei der Körperschaftssteuer auf Beträge verzichten konnte, die ebenfalls in die hunderte von Millionen gehen, dann kann man uns nicht einreden, daß der Bundeshaushalt über keine Manövriermasse verfügt. Unmöglich aber ist es, notwendige soziale Hilfen nur dann gewähren zu wollen, wenn man sie aus anderen Bevölkerungskreisen herauspreßt.

Dabei sollte aber niemals übersehen werden, daß es sich nur um einen Teilaspekt handelt. Alle Wirtschaftsfachleute sind sich darüber im klaren, daß eine Heizölsteuer nicht in der Lage ist, die Absatzprobleme für die Ruhrkohle zu lösen. Dazu bedarf es eines Strukturprogramms, das die Bundesregierung bisher nicht erarbeitet hat. Sie hat bisher geglaubt, sich mit Palliativmittelchen helfen zu können und ist so immer tiefer in die Krise hineingeschlittert. Auch bei Einführung einer Heizölsteuer werden wir in einer halben oder einem Jahr vor den gleichen Problemen stehen, wie bisher. Die Sozialdemokratische Partei hat der Bundesregierung schon seit langen Monaten ihre Vorschläge unterbreitet, die eine wirkliche Lösung des Energieproblems erreichen könnten. Die Bundesregierung hat noch nicht einmal geruht, diese Vorschläge zur Kenntnis zu nehmen. Sie wird aber Rede und Antwort stehen müssen, wenn es demnächst im Bundestag zu einer neuen Kohledebatte kommt. Eine Debatte, bei der man vor allem klarstellen muß, daß die Bundesregierung vorgeht wie ein kleiner Erpresser, der glaubt, sich so seiner sozialen Verantwortung entziehen zu können.

Die Mission des modernen Sozialismus

K.K.B., Brüssel

Der außerordentliche Kongreß der Belgischen Sozialistischen Partei (P.S.B.), der zum letzten Wochenende im Brüsseler "Volkshaus" stattfand, war in mehr als einer Beziehung ein besonderes Ereignis. Die Tendenz bei den meisten sozialistischen Parteien in Europa geht eher zur Revision, als zur Bestätigung der klassischen ökonomischen Prinzipien des Sozialismus.

Die P.S.B., obwohl in keiner Weise eine radikale, ideologisch unbewegliche Partei im orthodoxen Sinne des Wortes, hat einen Weg eingeschlagen, der eine Art Rückkehr zur Quelle des internationalen Sozialismus darstellt: sie hat ihr Programm der grundlegenden strukturellen Reformen auf einem zweitägigen, sehr lebendigen Parteitag diskutiert und einmütig gutgeheißen. Das heißt, daß die P.S.B. keineswegs davor zurückschreckt, Thesen als Forderung aufzustellen, die manche vorsichtige Taktiker als zur Zeit inopportun und nicht verbekräftigt gern in den Reservebestand zurückstellen möchten. Vielleicht besteht in Belgien eine besondere Situation, aber die Forderung des gesellschaftlichen Umbaus ist hier keineswegs unpopulär oder gar "abschreckend" -.

Das ist ein leidenschaftlich erörtertes Thema, das nicht nur in der sozialistischen Partei im Mittelpunkt der Diskussion steht, sondern auch von den Organisationen der christlichen Arbeiterbewegung mit allem Ernst und auch mit Leidenschaft behandelt wird.

Der Bericht zum Programmentwurf, der dem außerordentlichen Parteitag vorgelegt wurde, war noch von Max Buset verfaßt worden; kurz vor dem im Juli angesetzten Parteitag zu dieser vitalen Frage hat der Tod den alten Kämpfer seinen Kameraden entrissen.

In einer meisterlich aufgebauten Rede gab Leo Collard, der neue Präsident der Partei, eine umfassende Analyse der augenblicklichen sozialen und ökonomischen Situation in Belgien und in der Welt. Hier einige Auszüge:

"Man hört nicht auf, uns die Ohren mit dem Slogan vollzusingen, daß der Sozialismus "überholt" sei. Aber was ist an diesem Slogan? Es ist vielleicht möglich, zu einer klassenlosen Gesellschaft auf dem Wege eines entwickelten und modernen Kapitalismus zu kommen. Aber eine Gesellschaft ohne Klassen ist nicht alles. Der Arbeiter könnte vielleicht den gleichen sozialen Lebensstandard haben wie der Technokrat, und, wie Sauvy es formulierte, "sich beim gleichen Schneider seine Anzüge machen lassen können, wie jener" ... Sie würden also materiell gleich sein, aber der eine würde die Macht haben und der andere nicht. In anderen Worten: Es wird ein Augenblick kommen, wo der Kapitalismus auf dem Wege zu einer Angleichung des Niveaus der menschlichen Lebensbedingungen nicht mehr weiter gehen kann, ohne auf die reelle wirtschaftliche Macht zu verzichten, wie auch die Institutionen heißen mögen, auf die er sich stützt. In diesem Augenblick müssen die tragenden Elemente einer sozialistischen Gesellschaft am Platze sein.

Wir wissen, daß es unsere Aufgabe ist, den Aufbau dieser Elemente einer sozialistischen Gesellschaft vorzubereiten. Diese Mission ist

notwendig und bleibt, über alle konjunkturellen Schwankungen hinweg, gültig, weil wir Sozialisten sind. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Es gibt nicht nur seine materiellen Notwendigkeiten, er braucht auch Freiheit und Gleichheit. Das sind keine Worte, sondern die unwiderstehlichen Motore der gesellschaftlichen Entwicklung."

Léo Collard verlangte eine permanente Kontrolle der Nation durch ihre politischen Organe und ihre Verantwortlichen, Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Unternehmungen, Wohlstand und wirtschaftliche Sicherheit in der Zukunft und wirkliche Freiheit und eine lebendige Demokratie. Denjenigen gegenüber schließlich, die heute behaupten, daß die soziale Frage in der modernen Gesellschaft praktisch gelöst sei, weil das Proletariat sich immer mehr entproletarisieren, stellte Collard fest, daß noch im Jahre 1958 54 Prozent der belgischen Arbeiter weniger als 5.500 Frcs. im Monat verdient haben.

In der auf hohem Niveau stehenden Diskussionen erklärte der frühere Außenminister Victor Larock, daß die Wirtschaft der Zukunft im Dienste des Sozialen stehen müsse. Was die Kraft einer Bewegung ausmacht, sagte Larock, ist nicht nur ihr Programm, sondern auch der Geist, der sie belebt. Das sind die Menschen, das ist das Beispiel, das sie geben durch ihre Bescheidenheit, durch ihr persönliches Zurücktreten vor der Sache, durch ihre Opfer für die Aufgabe, der sie verbunden sind.

André Renard, Gewerkschaftssekretär in Lüttich und Führer des linken Flügels in der P.S.B. forderte in seiner temperamentvollen Ansprache Vollbeschäftigung, generelle Erhöhung der Löhne und Kampf gegen Steuerungleichheit und astronomische Dividendengewinne. Viel bemerkt wurde, daß André Renard, der vor Jahren Achill van Acker, damals Premierminister, öffentlich scharf angegriffen hatte, sich auf dem Kongreß sehr freundschaftlich mit van Acker unterhielt.

Das Programm, das die Belgische Sozialistische Partei dem Lande vorschlägt, verlangt die Nationalisation des Sektors der Energie, die strikte Kontrolle der Holdings und des Kreditwesens, eine schmiegsame, nicht starre Planung der Ökonomie des Landes und die Teilnahme der Arbeitnehmer an der Verwaltung der Betriebe. Weitere Programm-Resolutionen verlangen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Landwirte und die ärztliche Gratisbehandlung für alle Bürger.

Der Kongreß betonte in einer EntschlieÙung, daß das Programm der P.S.B. die Basis der politischen Aktion darstelle, die sie mit der "Gemeinsamen Aktion" (Gewerkschaften, Krankenversicherungsanstalten, Konsumgenossenschaften) auf allen Ebenen führen werde. Parteipräsident Collard erklärte noch, daß jeder etwaige Eintritt in eine Regierungs-Combination ohne Konsultierung des Parteikongresses ausgeschlossen sei.

Ein notwendiger Schlußstrich

sp - Die in Flensburg erscheinende regierungssubventionierte Monatszeitschrift "Der deutsche Soldat - Der Frontsoldat erzählt ..." hatte in ihrer Juni-Ausgabe 1959 in einem Artikel "Die wirkliche Gefahr beim Namen nennen" behauptet, daß "an den großen und kleinen Schalthebeln der öffentlichen Meinung" in der Bundesrepublik, also in Presse, Film, Funk und Fernsehen, "rote Agenten" säßen, die mit ihrer "ständigen Brunnenvergiftung" die Völker veranlassen wollten, "eines Tages in verzweifelter Ratlosigkeit die Mörder der eigenen Familie ins Haus zu rufen". Angesichts dieser zweifellos höchst massiven Alarmwarnung hatte der SPD-Pressedienst am 25. Juni diesen "Deutschen Frontsoldaten" aufgefordert, unverzüglich den Wahrheitsnachweis für seine Behauptung zu erbringen und der bundesdeutschen Öffentlichkeit diese "roten Agenten an den Schalthebeln der öffentlichen Meinung" detailliert mit Namen, Wohnort, Beruf und Tätigkeit zu nennen.

In seiner August-Ausgabe hatte "Der deutsche Frontsoldat" den als selbstverständlich erwarteten Wahrheitsbeweis nicht nur nicht angetreten, sondern ganz kleinlaut und betreten erklärt, er hätte "bewußt keine Namen genannt", denn "die Betroffenen wissen selbst am besten, wer gemeint ist. Es ist Aufgabe anderer Institutionen, sie zu suchen, zu finden und unschädlich zu machen". Der SPD-Pressedienst hatte dazu am 12. August festgestellt, der "Deutsche Frontsoldat" habe damit also kläglich eingestanden, daß er nichts wisse und keine Beweise habe, also nur fremde Agitationsparolen nachgekauft und ungeprüft weitergegeben habe. Hier habe sich ein Schreihals in seiner eigenen Schlinge gefangen, als eindringliche Warnung für alle anderen Agitatoren dieser Art von "psychologischer Kriegsführer".

Bis zur Stunde liegen nun die September- und Oktober-Hefte des "Deutschen Soldaten" vor und es ist festzustellen, daß die Zeitschrift mit dem verpflichtenden Namen die harte Zurechtweisung widerspruchslos eingesteckt hat. Und es ist weiter festzustellen, daß dieser "Deutsche Soldat", der noch in seiner August-Ausgabe rennomiert hatte, er würde "keineswegs von der Regierung finanziert", auch die andere Feststellung des SPD-Pressedienstes, dem Flensburger Blatt sei laut Aussage des Bonner Regierungspressesekretärs vom Juli 1958 allmonatlich 2 000 DM gezahlt worden, ebenso widerspruchslos eingesteckt und leider auch verschwiegen hat, obwohl "Der deutsche Soldat" aufgefordert ist, diesen Tatbestand seinen Lesern zur Kenntnis zu bringen.

So bleibt zum Ende nur die Feststellung, daß es nötig ist, einen Schlußstrich zu ziehen; einen Schlußstrich unter die jetzt allgemein erkennbar gewordene Tatsache, daß ein Blatt, das sich so schäbig wie dieser sogenannte "Deutsche Soldat" verhält, sich selbst seine Existenzberechtigung entzogen hat. Die Weiterführung des Titels "Der deutsche Soldat" würde einer offenen Beleidigung gleichkommen und die Weiterzahlung auch nur eines einzigen Pfennigs Steuergelder wäre sträfliche Vergeudung öffentlichen Eigentums.

Zeige mir, wie Du fährst...

sp - Was seit langem geschieht und stillschweigend hingenommen wird, muss deshalb durchaus noch nicht in Ordnung sein. Es gibt vermeintliche Gewohnheitsrechte, die mit zunehmendem Alter nicht besser werden, und manchmal bringen sie sich selbst so böseartig in Erinnerung, dass sich die Einsicht aufdrängt, im Grunde sei unmöglich, was formell längst "gang und gäbe" ist.

Das mit Blaulicht und "Polizei"-Schildern formell abgestützte "Gewohnheitsrecht" des Bundeskanzlers, täglich einige Male mit seiner ungestümen Wagenkarawane den Strassenverkehr in und um Bonn zu erschrecken und herrisch an die Strassenkante zu verweisen, ist wahrlich mit zunehmendem Alter nicht erträglicher geworden. Man hat, wenn man von den allzu forschen jungen Herren, die dem Kanzler vorausfahren, mit peinlich-befehlender Gebärde zur Flucht vor der Obrigkeit angehalten wird, im Gegenteil von Mal zu Mal stärker das Gefühl, dass hier ein Skandal geschieht, den man nur billigen kann, wenn man es für korrekt hält, dass vor dem Gesetz durchaus nicht jeder gleich ist.

Mag sein, die Staatsgeschäfte des Bundeskanzlers befinden sich so permanent unter Zeitdruck, dass er sich um die für den staatsbürgerlichen Normalverbraucher geltende Geschwindigkeitsbegrenzung nicht kümmern kann. Mag sein, es ist wirklich nötig, dass er jede Strasse in Unordnung bringt, durch die er jagt. Aber es muss gewiss nicht sein, dass er sich auf der Strasse in so rücksichtsloser Weise freie Bahn verschaffen lässt, wie er selber das auf dem politischen Felde zu tun liebt. Man muss schon wirklich ohne jedes Gefühl für demokratische Optik sein, wenn man es für angängig hält, Staatsbürger so zu behandeln, wie es jeden Tag wieder geschieht, wenn der Bundeskanzler in seinen Wagen steigt.

Man muss sich weigern, den Obrigkeitsgeist, der sich hier ausweist, für eine Bagatelle zu halten, denn er ist es nicht. Was sich auf den Strassen angesichts des heranbrausenden Bundeskanzlers tut, ist vielmehr ein äusserst bereicherter Ausdruck einer Geisteshaltung, die zur redlichen Demokratie wie die Faust auf das Auge passt.

Unter Kraftfahrern gibt es ein gutes Wort: "Zeige mir", so heisst es, "wie Du fährst", und ich sage Dir, wer Du bist". Dieses Wort gilt auch für Adenauer, und sein Resultat ist, wenn schon nicht neu, so doch bedrückend und jedenfalls unerträglich.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel